



L A U T G E D A C H T

wegweiser zur umsetzung der patientenrechte

Die Patientenverfügung als Instrument der Selbstbestimmung

Dr. Belinda Jahn

Seitdem das Bundesgesetz über Patientenverfügungen¹ am 1. Juni 2006 in Kraft getreten ist, sind eine Vielzahl von einschlägigen Artikeln und Publikationen dazu erschienen. Ich werde allerdings in diesem Beitrag nicht die einzelnen Regelungspunkte des Gesetzes wiedergeben, (dafür sind ausführliche Informationsmaterialien erhältlich²) sondern ich möchte zu dem vordringen, was den innersten Kern der Sache ausmacht. Die Patientenverfügung ist nicht Selbstzweck sondern Instrument. Sie soll zur Verwirklichung eines grundlegenden Patienten- und Menschenrechts beitragen, der Selbstbestimmung.

Im Duden wird Selbstbestimmung unter anderem als Unabhängigkeit des Einzelnen von jeder Art der Fremdbestimmung definiert. Solange man selbst über die Einhaltung dieses Rechts wachen kann, fühlt man sich zumeist recht sicher. Für große Verunsicherung sorgen aber Situationen oder Lebensabschnitte, in denen man die eigenen Grenzen nicht mehr so gut überwachen kann, weil man körperlich und/oder geistig nicht mehr dazu in der Lage ist.

Als besonders beunruhigend wird dieser Kontrollverlust im Zusammenhang mit medizinischen Behandlungen und dort vor allem an der Grenze zwischen Leben und Tod erlebt. Vielen Menschen kann mit den Mitteln der Intensivmedizin geholfen werden und unzählige Leben werden dadurch gerettet, nicht jeder oder jede wünscht aber eine Lebensverlängerung um jeden Preis.

¹ BGBl I 55/2006.

² Siehe etwa: www.patientenverfuegung.or.at oder www.patientenanwalt.com.

Impressum

Im Letter LAUT GEDACHT stellen namhafte und erfahrene Experten Überlegungen zur Umsetzung der Patientenrechte an. Der Letter erscheint unregelmäßig, in der >NÖ Edition Patientenrechte<, seit Juli 2001 auf www.patientenanwalt.com zum Download.

Herausgeber: NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft, A 3109 St. Pölten, Rennbahnstrasse 29

Tel: 02742/9005-15575, Fax: 02742/9005-15660, E-mail: post.ppa@noel.gv.at

Für den Inhalt verantwortlich: Der Letter dieser Reihe repräsentiert jeweils die persönliche Meinung des Autors. Daten und Fakten sind gewissenhaft recherchiert oder entstammen Quellen, die allgemein als zuverlässig gelten. Ein Obligo kann daraus nicht abgeleitet werden. Herausgeber und Autoren lehnen jede Haftung ab.

© Copyright: Dieser Letter und sein Inhalt sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck oder auch nur auszugsweise Weiterverwendungen nur mit Zustimmung des Herausgebers. Zitate mit voller Quellenangabe sind zulässig.

Auch Menschen, die aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen bestimmte Behandlungen ablehnen, möchten auf keinen Fall eine Behandlung erfahren, die sich nach ihnen fremden Wertmaßstäben richtet.

Für ÄrztInnen, die ein Leben retten könnten, dies aber nicht tun dürfen, weil eine bestimmte Behandlung vom Patienten oder der Patientin abgelehnt wird, kann solch eine Situation sehr herausfordernd sein. Es mögen zum einen rechtliche Unsicherheiten bestehen: Muss ich Konsequenzen fürchten, wenn ich die Behandlung nicht fortsetze? Bohrend kann für den Einzelnen bzw. die Einzelne aber auch die Frage der ethischen Vertretbarkeit sein: Kann ich es mit meinem Gewissen vereinbaren, dass ich den Menschen sterben lasse? Es fällt vielen leichter, so eine Entscheidung zu akzeptieren, wenn diese bei unheilbarer Krankheit im terminalen Stadium getroffen wird. Mehr Widerstand regt sich, wenn ein an sich kerngesunder Mensch in den besten Jahren z.B. nach einem Unfall Behandlungen ablehnt, die sein Leben wahrscheinlich retten könnten oder sogar sicherlich retten würden.

Die Ablehnung des Patienten bzw. der Patientin mag aus der Sicht der behandelnden Personen unverständlich oder irrational erscheinen – die besondere Qualität und Wichtigkeit des Rechts auf Selbstbestimmung kommt aber gerade dort zum Ausdruck, wo sich einsichts- und urteilsfähige Menschen auch „unvernünftig“ entscheiden dürfen oder ihre Grenzen eben nach ihren eigenen Werten festsetzen können, ganz besonders dann, wenn diese Werte nicht gesellschaftlicher oder religiöser Mainstream sind.

Die Rechtsordnung schützt dieses Patienten- und Menschenrecht und hat eine ganz eindeutige Wertung an vielen Regelungsorten umgesetzt: Niemand muss sich gegen den eigenen Willen behandeln lassen. Davon werden gesetzlich nur ganz wenige Ausnahmen gestattet. Ein Verstoß gegen diesen Grundsatz wäre sogar strafrechtlich zu ahnden. Das gilt vom Prinzip her für gerade aktuelle Behandlungen genauso wie für Maßnahmen, die in der Zukunft relevant werden. Für die Ablehnung medizinischer Behandlungen im Voraus gelten allerdings manche Besonderheiten, insbesondere, wenn man seinen Willen in eine verbindliche Patientenverfügung fassen möchte. Näheres dazu ist in den verschiedenen Arbeitsmaterialien zur Patientenverfügung nachzulesen³.

Voraussetzung für eine wirksame Verfügung – aktuell oder vorausschauend – ist jedenfalls, dass die Entscheidung der verfügenden Person auf umfassender Information basiert und dem eigenen freien Willen entspricht. Ohne diese so wichtige Basis gibt es keine Selbstbestimmtheit. Diese Grundlage herzustellen, darin liegt eine große Herausforderung für alle, die bei der Vorbereitung und Erstellung einer Patientenverfügung mitwirken.

³ Die Informationsmaterialien zur Patientenverfügung mit Gesetzestext, Formular, Ratgeber und Arbeitsbehelf sind erhältlich bei der Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwaltschaft sowie bei der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft.

Die Patientenverfügung als Instrument der Selbstbestimmung

Autor: Mag. Belinda Jahn
erschienen: Mai 2008

© Alle Beiträge in LAUT GEDACHT stellen jeweils die persönlichen Meinungen der Autoren dar und sind urheberrechtlich geschützt.

Zunächst gilt es abzuklären, was genau hinter den Befürchtungen der PatientInnen steckt. Bisweilen sind es eher diffuse Ängste vor einer „Schläuche- und Apparatedizin“, die hinterfragt werden müssen. Vielleicht geht er oder sie in manchen Punkten ja von falschen Voraussetzungen aus und können Missverständnisse durch Information ausgeräumt werden. Sehr oft interessieren sich aber gerade solche Menschen für eine Patientenverfügung, die sehr gut informiert sind, etwa weil sie bereits an einer Krankheit leiden, die fortschreitet und zu vorhersehbaren Entscheidungsszenarien führen wird. Auch Personen, die ihre schwerst pflegebedürftigen Angehörigen betreut haben oder über Jahre ihre von Intensivmedizin abhängigen Bekannten besucht haben, haben klare Vorstellungen und oft den großen Wunsch, für derartige Situationen Vorkehrungen zu treffen.

Das ist für viele von uns verständlich und nachvollziehbar, aber noch einmal: Es kommt nicht darauf an, dass andere diese Meinung teilen. Wenn eine Person einsichts- und urteilsfähig ist, kann sie ihre Grenzen selbständig abstecken – sie muss nicht vor sich selbst geschützt werden. Nicht zulässig ist der Zirkelschluss, dass jemand, der sich „unvernünftig“ entscheidet, deshalb nicht einsichts- und urteilsfähig ist. Ein solcher Zugang würde den Kern des Selbstbestimmungsrechts aushöhlen und übersieht, worum es dabei eigentlich geht. Anders liegen die Dinge bei Personen, deren Willensfreiheit eingeengt ist, etwa weil sie unter einer Erkrankung leiden, die ihnen die freie Entscheidung unmöglich macht.

Ein Gedanke noch zum Schluss, es stimmt mich nachdenklich, was ich sehr oft höre und spüre, wenn sich Menschen für eine Patientenverfügung interessieren: Viele haben auch deswegen Angst, einmal intensiv auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, weil sie befürchten, dass sie sich das nicht werden leisten können und dass sie zur Bürde für andere werden. Hier gilt es, geeignete Strukturen und Möglichkeiten zu schaffen, um solchen Situationen beruhigter entgegengehen zu können, denn es mag viele gute Gründe für eine Patientenverfügung geben, aber die Angst, dass mir keine Unterstützung zuteil wird, wenn ich sie später einmal brauche, sollte kein solcher Grund sein.

Die Patientenverfügung als Instrument der Selbstbestimmung

Autor: Mag. Belinda Jahn
erschienen: Mai 2008

© Alle Beiträge in LAUT GEDACHT stellen jeweils die persönlichen Meinungen der Autoren dar und sind urheberrechtlich geschützt.

Über den Autor: Frau Dr. Belinda Jahn

CURRICULUM VITAE

Oktober 1998 – Juni 2003	Diplomstudium Rechtswissenschaften an der Universität Wien Schwerpunkte: Medizinrecht, Mediation
Jänner – Juni 2002	Auslandssemester an der University of Sheffield, Großbritannien
Oktober 2003 – April 2008	Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften
Februar 2003 – Juni 2004	Ausbildung zur Mediatorin nach den Vorgaben des Zivilrechtsmediationsgesetzes
seit Oktober 2003	juristische Mitarbeiterin bei der NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft mit den Schwerpunkten: <ul style="list-style-type: none">• Beratung von PatientInnen• Vermittlung bei Konflikten• Erstellung von Patientenverfügungen• Vorträge zu aktuellen gesetzlichen Entwicklungen und Patientenrechten• Betreuung des NÖ Patientenentschädigungsfonds• juristische Recherche
seit September 2005	Mitglied der Plattform für Mediation im Gesundheitswesen www.pmg-online.at

Die Patientenverfügung als Instrument der Selbstbestimmung

Autor: Mag. Belinda Jahn
erschienen: Mai 2008

© Alle Beiträge in LAUT GEDACHT stellen jeweils die persönlichen Meinungen der Autoren dar und sind urheberrechtlich geschützt.